



## **Unsinnige Zweckentfremdungssatzung**

Die von Rot & Grüne beschlossene Zweckentfremdungssatzung geht an der Realität einer Studentenstadt vorbei.

Die Junge Union Erlangen verurteilt die am 16.01.2020 vom Erlanger Stadtrat mit den Stimmen von SPD und Grüne beschlossene Zweckentfremdungssatzung aufs Schärfste. Laut der Vorsitzenden Sophia Schenkel geht diese „völlig an der Realität einer Studentenstadt vorbei: An unserer Universität sind viele junge Leute immatrikuliert, die für ein halbes bis ganzes Jahr ihre Wohnung untervermieten, da sie die Möglichkeit eines Auslandssemesters wahrnehmen. Mit der Zweckentfremdungssatzung, die eine solche Weitervermietung nur bis zu acht Wochen erlaubt, wird der gängigen und sinnvollen Praxis nun ein Riegel vorgeschoben.“

In diese Kritik stimmt auch JU-Kreisschriftführer Matthias Muth mit ein, der vor allem die Durchsetzung der Zweckentfremdungssatzung im Blick hat: „Von der jetzigen Stadtregierung ist für die Einhaltung der Satzung keine einzige Stelle vorgesehen. Wie diese Satzung umgesetzt werden soll, ist uns daher ein Rätsel.“

Zudem sieht die JU Erlangen für diese Satzung absolut keine Notwendigkeit, da der Fremdbeherbergungsanteil in Erlangen gerade einmal bei 0,25 % liegt. „Das einzige, was SPD und Grüne mit dieser Satzung geschaffen haben, ist ein Bürokratiemonster mit Strafen von bis zu 500.000 EUR und die für SPD und Grüne typische Gängelung von Eigentümern, die nicht frei über ihr Eigentum bestimmen dürfen“, so die Kreisvorsitzende weiter.

Besonders verwundert zeigt sich die Junge Union zudem über den raschen Sinneswandel der Stadtregierung. Im Frühjahr 2018 hatte der Sozialausschuss den Erlass einer solchen Satzung noch als ungeeignetes Mittel tituliert.